

Italien in der Sackgasse

Woran Silvio Berlusconi scheitert

Italien hat in den letzten zwei Jahren einen politischen Umbruch erlebt, der in Europa seinesgleichen sucht. Die anfänglichen hohen Erwartungen an die Berlusconi-Regierung machten schnell einer tiefen Ernüchterung Platz. Steht Italien vor einer politischen Krise mit weitreichenderen Folgen, als sie die Ablösung des alten Parteiensystems bisher hatte?

So prekär war die Lage einer italienischen Regierung an Ferragosto, der allen Italienern so sehr heiligen Mitsommerurlaubszeit Mitte August, wo man in Rom, Bologna oder Mailand unter Umständen selbst in Redaktionen nur den Pförtner antrifft, wohl noch nie. Wenn in den 60er oder 70er, auch noch in den 80er Jahren eine weitere Krise drohte, wenn die Mehrheitsverhältnisse wackelten, die Gemeinsamkeiten einer Koalition erschöpft waren, wenn Heckenschützen im Parlament die Gesetzgebung lähmten, behalf man sich im stillschweigenden Einverständnis zwischen Parteien und Volk mit einem „governo balneare“, einem Bade- resp. Strandkabinett und überließ den nächsten Regierungswechsel dem dann mehr oder weniger heißen Herbst.

Koalition im Zermürbungskampf

Jetzt aber, 1994, diese Bescherung: Der Ministerpräsident und Alleskönner *Silvio Berlusconi* kehrte nach einem Tag Urlaub auf Sardinien, wo seine Forza Italia bei den letzten Regionalwahlen im Juni übrigens am wenigsten erfolgreich war, nach Rom zurück. Das Land befindet sich mitten in einer tiefen Finanzkrise mit einem täglich weiter wachsenden Etatdefizit, das Italien zunehmend Mahnungen des internationalen Währungsfonds aussetzt. Die öffentliche Verschuldung hat inzwischen die 120 Prozent des BIP überschritten. Die Aktienkurse befanden sich Mitte August in fast freiem Falle. Ihn konnte auch die Erhöhung der Leitzinsen durch die Banca d'Italia kaum bremsen. Der Wert der Lira sank auf einen historischen Tiefstand. (An Ferragosto waren für 1 DM 1020 Lire zu berappen; vorübergehend erwies sich sogar die griechische Drachme als stabiler.) Die mittsommerlich verschärfte Finanzkrise drückte Italien währungs- und haushaltspolitisch weiter unter europäisches Niveau. Sie wirkt inflationstreibend gerade in einer Phase, in der man doch so stolz darauf war, die Inflationsrate auf rd. vier Prozent gedrückt zu haben, und behindert den auch in Italien inzwischen spürbar werdenden Aufschwung (Wachstumsraten in einzelnen Branchen während des ersten Quartals 1994 bis zu fünf Prozent).

Wie aber steht die Regierung da, inmitten dieser Krise? Sie stolperte fast jede Woche in Vorgänge oder Maßnahmen, deren böse Wirkungen sie sich selbst zuzuschreiben hat. Zunächst war da das in der Sache – wegen einer zunehmend politischer und publizitätssüchtiger agierenden Justiz, deren Untersuchungshaftpraxis nicht in allen Fällen rechtsstaatlich

gedeckt ist – nicht unvernünftige, aber amateurhaft eingefädelte Decreto Biondi, der Verordnungsentwurf des Justizministers zur Einschränkung der Untersuchungshaft; dann die Geschichte mit den Fernsehspots über Kabinettsitzungen und Kabinettsbeschlüsse, die offensichtlich die Berichterstattung der Medien regierungsfreundlich unterlaufen sollten. Schließlich die die Regierung in ihrem moralischen Fundament erschütternden, an den Kern ihrer Glaubwürdigkeit rührenden, stufenweise Gewißheit werdenden, inzwischen nach Geständnissen seines Bruders Paolo von Berlusconi selbst zugegebenen Verstrickungen seines Konzerns Fininvest und mehrerer seiner Spitzenmanager in Schmiergeldaffären. Auch wenn der Regierungschef jede persönliche Verwicklung in Schmiergeldaffären leugnet, überdies von kleinen lächerlichen Summen spricht und diese als einen unumgänglichen Tribut an italienspezifische Systemzwänge darstellt, hätte in jedem mitteleuropäischen Staat allein schon eine solche Verstrickung genügt, um einen Regierungschef zur Aufgabe zu zwingen.

Davor schützen die Berlusconi-Regierung zunächst allerdings ihre numerisch nicht in Frage zu stellende Mehrheit und mehr noch das Fehlen einer programmatischen wie personellen Alternative. Weder das schmal gewordene, zersplitterte ex-christdemokratische Zentrum noch die von den Reformkommunisten geführte Linke noch beide zusammen bringen – mit oder ohne Neuwahlen – zur Zeit die Kraft auf, das Gesetz des Handelns an sich zu ziehen.

Zunächst sah alles nach Erfolg aus

Aber was für eine Mehrheit ist das, auf die Berlusconi sich stützen kann? Fast täglich schießt Lega-Chef *Umberto Bossi*, der in beiden Kammern des Parlaments über mehr Sitze verfügt, als Berlusconi's Forza Italia (122 zu 102 in der Abgeordnetenversammlung) gegen den Regierungschef, nutzt die in Berlusconi verkörperte Vermengung von politischem Einfluß und privater Macht, um den Regierungschef als Politiker zu demontieren, dabei kaschierend, daß Bossi und seine Bewegung selbst bereits ums Überleben kämpfen, während *Gianfranco Fini* seine nationalistische Sammelbewegung aus Alt-, Neu- und Postfaschisten hinter sich zusammenführend, als lachender Dritter im Hintergrund bleibt und als römischer Gentleman mit betont großbürgerlichem Styling unauffällig an Vertrauen gewinnt und wohl darauf vertraut, einmal für seine Bewegung ernten zu können, was ihm als Frucht des

täglichen Streits der Koalitionspartner mit ihren regelmäßigen versöhnlichen Intermezzi zufließen könnte.

Noch vor Monaten sah alles anders aus. In den Märzahlen hatte sich die Formation um den Konzernchef und Medienstar Berlusconi überraschend deutlich durchgesetzt – mit einer absoluten Mehrheit von 366 Sitzen in der Abgeordnetenkammer, die die Berlusconi-Koalition im Senat (mit 154 Sitzen) nur knapp verfehlte (vgl. HK, Mai 1994, 221 f.), und bei den Europawahlen am 12. Juni wurde Berlusconis Forza Italia selbst mit rd. 30 Prozent der Stimmen bei leichten Verlusten auch seiner Koalitionspartner noch einmal massiv bestätigt.

Was Berlusconi als typischer *homo novus* und als unternehmerisches Genie im Handels-, Dienstleistungs- und Medienbereich in den vergangenen Jahren zustande brachte (ein verzweigtes Wirtschaftsimperium mit rd. elf Mrd. Jahresumsatz bei einem Schuldenstand 1993 um rund fünf Mrd.), gelang ihm politisch in kürzester Zeit mit Hilfe der über Nacht aus dem Boden geschossenen rd. 13 000 Clubs in ganz Italien, aber noch viel mehr über seine drei Fernsehkanäle und aufgrund seiner persönlichen Popularität (nicht zuletzt als „Inhaber“ des sportlich überaus erfolgreichen AC Milan). In Wochen formierte er eine neue mehrheitsfähige politische Kraft und sicherte diese durch eine Wahlkoalition von der Mitte bis zum äußersten rechten Rand ab. Ein Meisterstück, für das es im Europa der letzten 50 Jahre kein Beispiel gibt.

Berlusconi erreichte als Neupolitiker damit auf Anhieb, woran vor ihm, seitdem sich unter den Wirkungen der Korruptionsaffären der Zusammenbruch des alten Parteiensystems, vor allem seiner mittleren Pfeiler, der Christdemokraten und der Sozialisten, abzeichnete, politische Profis, denen man mehr taktisches Gespür und strategischen Sinn zutraute, gründlich gescheitert waren. Vor allem gilt das für *Mario Segni*, den Vorkämpfer für das Mehrheitswahlrecht und „Referendumsleader“ von 1993, der, mißt man den Umbruch der letzten Jahre in erster Linie am Verschwinden der alten Mitte-Links-Parteien und am veränderten Wahlrecht, als der eigentliche Liquidator der ersten Republik zu gelten hat.

Als Segni über das Vehikel Föderalismus den Brückenschlag zu Bossis Lega versuchte, wurde er von diesem – ein Wahlabkommen, ausgehandelt mit dem zweiten Mann der Lega, dem heutigen Innenminister *Roberto Maroni*, lag bereits unterschriftsreif vor – listenreich ausgetrickst. Aber auch der Führer der Reformkommunisten (PDS), den inzwischen zurückgetretenen *Achille Occhetto*, ließ Berlusconi in kürzester Zeit hinter sich, wohl auch weil jener auf die vom PDS abgespaltenen Altkommunisten meinte Rücksicht nehmen zu müssen, weil die ideologische Revision der Partei (Sozialdemokratisierung) noch nicht weit genug fortgeschritten war und die Partei sich von ihrem alten Hegemonieanspruch noch nicht lösen konnte, aber auch die Kräfte der Mitte, voran die Mario Segnis nicht stark genug waren, um den PDS in eine erweiterte Koalition der linken Mitte zu zwingen.

Beim Überholen seiner Gegner brach Berlusconi sämtliche Tabus der jüngeren und fernerer italienischen Nachkriegs-

geschichte: Er ließ sich auf ein Wahlbündnis mit der regionalistischen, aber unter dem marktschreierischen Bossi zu konstruktiver Arbeit nur sehr bedingt bereiten, programmatisch verschwommen bleibende Lega ein, überließ der Lega nicht zuletzt aus Gründen der erzwungen raschen Personalrekrutierung eine große Zahl von für sie günstigen Wahlkreisen, wohl in der Hoffnung, so die Lega zunächst an sich binden und dann politisch aufsaugen zu können. (Bossi seinerseits sah als Störpotential in seiner Rechtskoalition, von einem verbindenden Bodensatz gemeinsamer Gesinnung abgesehen, wohl bessere Überlebenschancen als in einer Partnerschaft mit einem bis zu den Reformkommunisten geöffneten Zentrum.)

Berlusconi zeigte auch keine Berührungsängste mit dem faschistisch eingefärbten rechten Rand, übersah aus taktischen Gründen die Tatsache, daß die alte MSI, die bis dahin von den übrigen Parteien stets gemiedene neofaschistische Bewegung, nach wie vor den ideologischen Kern von Finis rechtsnationaler Sammelbewegung bildet, verhalf dieser zum Ausbruch aus der bereits löchrig gewordenen politischen Isolierung. Damit machte er die *Alleanza Finis* innerhalb des in allen Richtungen mutierenden Parteiensystems hoffähig und für ohnehin nach rechts geneigte Wähler aus der Erbmasse der DC risikofrei.

Aber die Parteienzersplitterung hat sich verschärft...

Die Rechnung ging auf. Berlusconis Bewegung eroberte mit Hilfe der Lega den Norden und mit Hilfe der Post- und Neofaschisten den Süden. Er schuf damit nicht nur eine auf dem Papier regierungsfähige Koalitionsmehrheit, sondern schien auf fast wundersame Weise Nord und Süd neu zu einen.

Seit den Parlamentswahlen 1992 und nach den Ergebnissen verschiedener Regional- und Kommunalwahlen seither war im Anschluß an Cäsars „*De bello gallico*“ der Slogan aufgekommen: *Italia divisa est in partes tres*: Im Norden rückte die Lega vor und machte der DC und den Sozialisten das Terrain streitig; in Mittelitalien behauptete sich die kommunistisch-postkommunistische Linke; im Süden zunächst noch die DC bei deutlich zunehmender Konkurrenz der Post- und Neofaschisten. Dann drohte den Teilgemeindevahlen im Juni und November letzten Jahres (vgl. HK, Januar 1994, 8 ff.) die nationale Spaltung in rechts und links mit – weil organisatorisch kompakter und milieuhafte stärker verwurzelt – logistischen und strategischen Vorteilen für die Linke. Nun wurde Italien unter den Fittichen der Berlusconi-Bewegung von der Lombardei bis Sizilien aufs neue geeint.

Die zweite Republik, so schien es, konnte trotz aller Vorbehalte gegenüber den Newcomern beginnen. Italien endlich ein Land mit klaren Mehrheiten – trotz der kleinen, durch Wankelmütige und Sympathisanten leicht behebbar Scharte im Senat. Die Parteienzersplitterung aber hat sich noch verschärft.

Manch schrecklicher Vereinfacher der so sehr komplizierten politischen Verhältnisse Italiens stellte sich den Übergang tatsächlich so glatt vor und, wie es den Anschein hat, auch der neue Hauptakteur und seine Mannen.

Verdrängt wurde vor allem eine Tatsache, auf die besonders Sachkundige, z. B. einer der angesehensten Politikwissenschaftler Italiens, *Giovanni Sartori*, schon zur Zeit der Wahlrechtsänderungen immer wieder hinwies: Eine Wahlrechtsänderung, wie sie aufgrund der Referenden des Frühjahr 1993 beschlossen wurde (vgl. HK, Juni 1993, 284 ff.), sichert noch keine stabilen Mehrheiten. Es zwingt die Parteien zu Wahlkoalitionen, nicht zum Aufgehen in neuen mehrheitsfähigen Parteien oder in programmatischer wie personeller Geschlossenheit Parteien gleichkommenden politischen Bewegungen.

Der Umbruch der letzten Jahre hat zwar das Parteienspektrum gründlich durcheinandergewirbelt, aber dieses wurde nicht schmaler oder einfacher, sondern noch breiter, noch komplizierter. Der politischen Anbieter wurden nicht weniger, sondern mehr. Der Parteienpluralismus ist seitdem eher akzentuierter denn schwächer geworden. Allein die neue (Berlusconi-)Mehrheit besteht aus sechs Gruppierungen, den drei großen (Lega, Nationale Allianz, Forza Italia) und drei kleinen, dem (rechtsliberalen) Demokratischen Zentrum, der Radikal-Liberalen des *Marco Panella* und dem Christdemokratischen Zentrum CCD, einer nationalkonservativen Abspaltung aus der ehemaligen DC.

Zu der nach wie vor eindeutig vom PDS dominierten Linken gehören allein sieben Gruppierungen (der PDS, die Altkommunisten von der „Rifondazione“, die Grünen, die „Rete“ des Palermitaner Bürgermeisters *Leoluca Orlando*, die Christlich-Sozialen, ein linker Splitterrest aus der alten DC, dazu Überreste des PSI und die Alleanza Democratica aus Kräften der alten laizistischen Parteien der Mitte). Dazu kommt die sehr verschlankte Mitte mit den zahlenmäßig ungleichen Brüdern, den Popolari als Nachfolgepartei der DC unter ihrem neuen Chef *Rocco Buttiglione* und dem Patto per l'Italia unter Mario Segni. Die alte Parteienzersplitterung feiert also am Beginn der zweiten Republik kräftig Urständ und verhindert eine klare Rollenteilung und ein sauberes Rollenspiel zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien. Der Hauptpunkt aber: Die neuen Mehrheitsinhaber erweisen sich weniger handlungsfähig als die Koalitionen der Altparteien.

Eine Wahlkoalition schafft noch keine Stabilität

Zwei simple Wahrheiten finden sich bestätigt. Die erste: Wahlkoalitionen sind eines, Regierungsmehrheiten etwas anderes. Die zweite: Was bereits im Wahlkampf nur durch das Mehrheitskalkül zur bloßen Verhinderung einer anderen Mehrheit, die in Gestalt der Linken unter Führung der PDS drohte oder zu drohen schien, zusammengehalten wird, ist als Regierungskoalition erst recht nicht handlungsfähig. Die

wundersame *coincidentia oppositorum* aus Nationalisten und Regionalisten (hier Bundesstaat, dort Einheitsstaat), aus echten und unechten Marktwirtschaftlern (die Neofaschisten sind die Verfechter eines „*stato assistenzialista*“, eines staatsvergötternden Verwaltungs- und Versorgungsstaats) und zwischen Wirtschaftsliberalen, katholischen Integristen und national gesinnten Bürgerlichen, die den Wahlausgang bestimmten, erweist sich in der Praxis des Regierens als *regierungsamtlich institutionalisiertes Chaos*.

Als handlungsfähig erwies sich das neue Regierungsbündnis bisher hauptsächlich bei der Besetzung von Machtpositionen (bei der Wahl der Präsidenten der beiden Kammern, des Abgeordnetenhauses und des Senats – bisher war es üblich, einen der Parlamentsvorsitze der Opposition zu überlassen –; bei der Monopolisierung der Ausschußvorsitze zugunsten der Regierungsparteien, die allerdings bei der Wahl der Ausschuß-[Kommissions-]Vorsitzenden im Senat gründlich mißlang; bei der Neubestellung der Aufsichts- und Leitungsgremien der RAI, der Staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten und -programme; bei der Umbesetzung z. B. des Verwaltungsrats des Staatskonzerns IRI – alle Verwaltungsratsposten gingen bei der Neubesetzung an Vertrauensleute der Regierungskoalition). Der unauffälligen, aber sehr wirksamen Patronage im Zuge der Aufteilung von Einflußsphären durch die alten Parteien folgte die auffälligere, aber nicht minder wirksame Regierungspatronage.

Man streitet kräftig, aber die Macht will man ganz. Ansonsten erschöpft sich die Aktivität der Regierungsparteien im gegenseitigen Sichbekämpfen und Demontieren. Noch sehr unsicher bezüglich der eigenen Zukunft sucht jeder der Partner, wie er auf Kosten des anderen am besten oder am ehesten überleben kann. Dabei zeigt sich die Lega mit ihrem Sprachrohr Bossi bisher am unverschämtesten, die Forza Italia am wenigsten profihaft. Die Selbstzerstörungskräfte, die das alte Parteiensystem über Jahrzehnte ausgelaut hatten, dringen jetzt schon durch alle Poren der Koalition. An einschneidenden Beschlüssen, die die Zielrichtung der neuen Regierung deutlich markieren (Investitionsförderung, umfassende Privatisierung staatlicher und halbstaatlicher Unternehmen, Steuervereinfachung, Abbau des Haushaltsdefizits, Reform des Gesundheitswesens), ist außer dem Verkauf des INA-Konzerns, einigen Abschreibungserleichterungen für Unternehmen und Steuererleichterung für Betriebe, die zusätzliche Arbeitskräfte einstellen, wenig erkennbar. Die Regierung verweist zur Rechtfertigung auf die „*finanziaria*“, das neue Haushaltsgesetz, das bald kommen soll.

Die Handicaps der Regierung können zu einer Staatskrise führen

Aber die konstitutionelle Unfähigkeit zu gemeinsamem Handeln ist nur ein erstes Handicap. Ein zweites und ein drittes sind gravierender.

Das zweite: Die gegenwärtige Koalition ist angetreten unter dem Anspruch radikaler Erneuerung. Die Parolen hießen: Vorfahrt für die Tüchtigen. Unter Freiheit verstand die als „Polo della liberta“ angetretene Berlusconi-Koalition Befreiung vor allem der Wirtschaft von parteilicher und staatlicher Bevormundung, Stärkung der Privatinitiative, Bekämpfung der Korruption, Austrocknung des Parteienklientelismus und seines Korruptionssumpfes. Man versprach in allem mehr Professionalität und vor allem sauberes, gutes Regieren. „Per il buon governo“, für gutes Regieren – unter diesem Schlagwort trat Berlusconi gemeinsam mit der Nationalen Allianz Finis im Süden an.

Aber die Leute Berlusconis – viele von ihnen, die er in die Politik geholt hat, von persönlichen Mitarbeitern bis zu einigen Ministern, kommen aus dem Fininvest-Imperium. Sie verkörpern nicht das Neue, sondern Altes, soweit das Alte gerade mit dem zu tun hat, was Staatsanwälte und Untersuchungsrichter von Nord bis Süd an Schmiergeldaffären, Erpressungen und Verfehlungen im undurchsichtigen Dschungel der Parteienfinanzierung aufgedeckt haben. Berlusconi hat sein Wirtschaftsimperium nicht nur unter den Bedingungen der alten Parteienherrschaft aufgebaut, er war einer der Begünstigten des alten Systems – in enger Verbindung mit dem inzwischen in Abwesenheit zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilten ehemaligen Regierungschef und PSI-Parteichef *Bettino Craxi*. (Craxi hat sich dem Zugriff der italienischen Justiz entzogen und lebt zur Zeit auf seinem Privatbesitz in Tunis.)

Es grenzte schon an ein Wunder, hätte es keinerlei Verstrickungen Berlusconis oder seiner Umgebung und seiner Unternehmen gegeben. Ihre Aufdeckung kam, wie die Verhaftung von Paolo Berlusconi und einiger Fininvest-Manager zeigt, schneller als erwartet. Sie geht trotz einer angesichts der imponierenden Tüchtigkeit des Aufsteigers Berlusconi, in der sich der Großteil seiner Landsleute gerne wiedererkennt, zum Verdrängen neigenden Wählerschaft an den Kern seiner und seiner Bewegung Glaubwürdigkeit. Es sieht ganz danach aus, daß die Lega Bossis der Hoffnung ist, ihre Stellung als Bündnispartner nutzen zu können, um als der glaubwürdigere Repräsentant des Neuen doch noch das Erbe Berlusconis antreten zu können. Dies dürfte sich sehr rasch als Fehlkalkulation erweisen, aber daran wird sichtbar, wie sehr der eine jeweils der Gefangene des andern ist.

Politische Glaubwürdigkeit, mag der Wähler noch so leicht zu beeinflussen sein, ergibt sich daraus nicht. Wenn die „Neuen“ nur als Varianten des alten korruptionsbelasteten Systems erscheinen und wenn die neuen Parteihändler ärger sind als die alten, zu wem sollen Wähler dann Vertrauen gewinnen? Die Handlungsunfähigkeit der Regierung wächst sich damit zu einer politischen Krise des Landes aus mit möglicherweise weitreichenderen Folgen, als sie die Ablösung des alten Parteiensystems gebracht hat.

Das dritte Handicap: Der neue Regierungschef ist eine ziemlich einmalige Verkörperung von politischer und wirtschaftlicher Macht in einer Person. Wenn seine Regierung etwas

Neues darstellt, dann ist es das. Darauf setzen diejenigen, die ihn und seine Koalition gewählt haben, auch in erster Linie ihr Vertrauen: Wer als Unternehmer so tüchtig ist, wie man selbst sein möchte, dem wird auch zugetraut, daß er die Staatsgeschäfte gut führt, die öffentlichen Finanzen in Ordnung bringt, Arbeitsplätze schafft und die Wohlfahrt aller mehrt. Nach dieser Tonleiter spielte die Wahlkampfmusik. Sie wurde zur unwiderstehlichen Erfolgsmelodie vor allem der Fininvest-Medien.

Aber gerade als Inhaber eines faktischen Monopols beim privaten Fernsehen ist Berlusconi *keine gewöhnliche Verkörperung von wirtschaftlicher und politischer Macht*. Er wirkt beherrschend auf die öffentliche Meinung. Es kann kaum eine offenkundigere Inkompatibilität zwischen einem politischen Amt und privaten Interessen geben als die Verbindung des höchsten Regierungsamtes mit einem faktischen Meinungsmonopol. Wie ungeniert die neue Regierung dieses Monopol nutzen und ausbauen wollte, zeigte nicht nur die Art, wie Berlusconi auch das staatliche Fernsehen für Regierungspropaganda nutzen, sondern wie er sich auch das staatliche Fernsehen gefügig machen wollte, als er erklärte, es gehe nicht an, daß ein staatliches Medium sich gegen die Regierung stelle.

Auch wenn Berlusconi, was er erklärte, auf öffentlichen Druck hin wieder zurücknahm, es zeigt allein schon der Versuch des Sichgefüigmachens ein nur sehr lückenhaftes Verständnis der Spielregeln in einer parlamentarischen Demokratie und der Kontrolle der Regierung durch öffentliche Meinungsbildung.

Das eigentliche Dilemma der Verquickung von Öffentlichkeitsanspruch, Meinungsmacht und Regierungsverantwortung zeigt sich zur Zeit aber darin, daß *das Problem faktisch nicht lösbar ist*. Einen Rückzug aus dem Medienimperium durch Verkauf lehnt Berlusconi ab; er wäre in überschaubarer Zeit auch gar nicht zu tätigen. Andere Formen der Entflechtung, z. B. durch eine Treuhandgesellschaft, lösen den Interessenkonflikt nicht auf. So sieht es ganz danach aus, als würde Berlusconi Opfer des Gesetzes, nach dem er selbst angetreten ist, mit Auswirkungen, die staatspolitisch gefährlich werden können.

Als Berlusconi im Herbst vorigen Jahres, als sich ein denkbarer Sieg der Linken bei den nächsten Parlamentswahlen abzeichnete, erste Gespräche über einen möglichen und wohl damals schon beschlossenen Einstieg in die Politik führte, begründete er seine Absicht mit drei Argumenten: der Gefahr seitens der Reformkommunisten, dem Interesse der Wirtschaft, eine Linkskoalition zu verhindern, der Popularität, die er als erfolgreicher Mann der Wirtschaft und als Medienunternehmer genoß. Bleibt nun die Vermengung von Wirtschafts- und Medieninteressen mit seinem politischen Amt unentwirrbar, wird er als Inhaber des politischen Amtes untragbar. Da eine Ablösung aber zur Zeit schwer vorstellbar ist und auch Neuwahlen daran wenig ändern dürften, verlängert sich der untragbare Zustand in der Zeit – zum Schaden der Wirtschaft und der politischen Sauberkeit. Dies kann zu einer Staatskrise führen.

Allenfalls Staatspräsident *Oscar Luigi Scalfaro* erweist sich in dieser schwierigen Situation als ruhender Pol. Er stützt, wo er nur kann, die Institutionen des Staates. Er nimmt sie in Schutz, wenn sie angegriffen werden, so etwa die Banca d'Italia, und weist sie in Grenzen, wo sie ihre Kompetenzen überschreiten wie beispielsweise die Justiz. So behauptet sich Scalfaro als moralische Autorität, obwohl es noch nicht lange her ist, daß die neue Führung ihm als Vertreter des alten Parteiensystems den Amtsverzicht nahelegte.

Revolutionen in Demokratien brauchen Zeit

Endet der vielbeschworene Übergang von der ersten in die zweite Republik also in einer Sackgasse? Als Illusion erwiesen hat sich die ohnehin leichtfertige Annahme, durch das Wahlrecht allein schon ließen sich Parteistrukturen, Wählerverhalten und politische Kultur zu mehr Regierungseffizienz bündeln und der Handlungsrahmen der Regierung auf eine institutionell und psychologisch solidere Grundlage stellen. Mehr Stabilität hat das veränderte Wahlrecht und haben die in seinem Gefolge auftretenden neuen politischen Anbieter nicht gebracht. Die Mehrheiten von heute sind nicht stabiler als die Mehrheiten von ehemals, im Gegenteil!

Dennoch hat Italien in den letzten zwei Jahren einen Umbruch erlebt wie sonst kein anderes westeuropäisches Land seit dem Ende der Franco-Ära in Spanien.

Der Umbruch hat aber bislang hauptsächlich das *Parteisy-*stem und *weniger die Institutionen* erfaßt. Auch die Richtung, in der sich das politische System Italiens weiterentwickeln kann, ist noch völlig offen. Ob der Zentralstaat Italien in absehbarer Zeit zu einem Bundesstaat mutiert, ob eine solche Mutation von der Mehrheit der Italiener überhaupt gewollt ist, steht in den Sternen. Bislang scheint die (unbegründete) Angst vor Verlust der staatlichen Einheit den Willen zur Dezentralisierung und zur Stärkung der regionalen und lokalen Autonomien noch weit zu überflügeln. Die mit dem Fortdauern der Instabilität immer stärker diskutierte Einführung eines Präsidialsystems mit Direktwahl des Präsidenten (eine andere Variante heißt Direktwahl des Premierministers, die es bisher in keinem europäischen Land gibt) ist ebenfalls noch Zukunftsmusik.

Selbst die Einführung des reinen Mehrheitswahlrechts, sei es nach britischem, sei es nach französischem Muster (doppelter Wahlgang), bleibt unsicher, und auch welche politischen Parteikonstellationen sich auf Dauer durchsetzen, wird sich nicht von heute auf morgen herausstellen. Revolutionen brauchen unter demokratischen Bedingungen Zeit.

Ist der „bipolarismo“ nach dem Rechts-Links-Schema, wie es sich gegenwärtig abzeichnet, für Italien das politische Koordinatensystem der Zukunft? Kann sich im klassischen Land des Handelns und des Verhandlens, der Übergänge und der Transformationen ein solches System überhaupt

durchsetzen? Schafft es die gegenwärtig regierende Rechte nicht, ihre inneren Widersprüche zu überwinden, und schafft die Linke, vor allem der PDS, ihren inneren Wandel nicht, so werden sich Diskussion und Begehrlichkeiten um so mehr wieder dem unlängst noch für tot erklärten Zentrum, der Mitte, zuwenden. *Paolo Mieli*, der Chefredakteur des *Corriere della Sera*, stellte bereits vor wenigen Wochen fest, wie stark die „Liebe zum Zentrum“ bereits wieder sei.

Keine noch so große Liebe, wenn es denn eine ist, kann freilich darüber hinwegtäuschen, daß die gegenwärtige Mitte, verkörpert in den durch die Popolari-Partei und dem Segni-Pakt, schwach ist und für absehbare Zeit schwach bleibt. Segni scheint sich von seiner fehlgeschlagenen Bündnispolitik in der Vorwahlkampfzeit noch lange nicht zu erholen. Den Popolari ist es zwar gelungen, sich mit dem papstfreundlichen, *Comunione e Liberazione* nahestehenden Philosophieprofessor Buttiglione eine neue Spitze zu geben. Der nach der Umwidmung der alten DC in die neue Popolari-Partei zurückgetretene letzte DC-Generalsekretär, *Nino Martinazzoli*, meinte allerdings zum letzten, Ende Juli abgehaltenen Parteikongreß der Popolari, dieser habe ausgesehen „wie ein Schlachtfeld katholischer Vereinigungen“.

Die Basis der Popolari ist schmal geworden, und die Versuchung sowohl der Parteiführung wie der Führung des Episkopats, sich in ein Bündnis mit Berlusconi zu begeben oder dem Druck, einem solchen Trend nachzugeben, würde mit dem Erfolg Berlusconis schon deswegen wachsen, weil die „neue“ Rechte mit mehr deklariertem *Familienfreundlichkeit* und mit einer nachhaltigeren *Unterstützung katholischer Privatschulen* lockt und, obwohl in dieser Frage selbst tief gespalten, auch beim *Abtreibungsstrafrecht* – siehe italienische Position auf dem Bevölkerungskongreß von Kairo – der Kirche resp. dem Vatikan entgegenzukommen sucht. Solange der Erfolg der Regierung ausbleibt, ist auch die Neigung zu einem Rechtsbündnis schwächer.

In Zukunft wird das Persönlichkeitsprinzip entscheiden

Es spricht trotz des gegenwärtigen „bipolarismo“ einiges dafür, daß sich mittelfristig eher eine Dreier- als eine Zweierkonstellation herauskristallisiert: eine nationale Rechte, eine unter Umständen von Teilen der heutigen Berlusconi-Wähler bis zu Wählern der Reformkommunisten reichenden Mitte aus Marktwirtschaftlern, bürgerlich Liberalen und Christlich-Sozialen, eine nach wie vor kommunistisch-postkommunistisch beherrschte Linke.

Ob die hier so bezeichnete Mitte Gestalt und Einfluß gewinnen kann, ob sie auf absehbare Zeit wieder mehrheitsfähig wird und dem Land neue Stabilität geben kann, wird letztlich und besonders im Falle des Übergangs zu einem Präsidial- oder Premiersystem davon abhängen, ob sich führungsgeeignete und integrationsfähige Persönlichkeiten finden,

die sich an die Spitze einer neuen Bewegung der Mitte stellen und eine breite Wählerschaft zu mobilisieren verstehen. Der Christlichsoziale *Romano Prodi*, der bisherige Vorstandsvorsitzende des IRI-Konzerns, der bereits bei der Bildung des letzten Übergangskabinetts vor der Wahl als Alternative zum damaligen Regierungschef Ciampi zur Diskussion stand, Mario Segni oder auch *Beniamino Andreatta*, der ehemalige Wirtschaftsberater *Aldo Moros* und Außenminister der letzten Übergangsregierung, könnten solche Persönlichkeiten sein, die der neu erwachsenden Liebe zur Mitte

Auftrieb geben könnten. Aber keiner von ihnen wird je das Renommee und die Mittel Berlusconis haben. Und sicher ist vor allem eines: Die Popolari-Partei für sich genommen ist keine Basis für eine Neubelebung einer mehrheitsfähigen bürgerlichen Mitte. Dies dürften inzwischen auch die Teile der kirchlichen Hierarchie einsehen – Kardinal *Ruini*, der Vorsitzende der Italienischen Bischofskonferenz, gehört dazu –, die meinen, einer wie auch immer gearbeteten „politischen Einheit der italienischen Katholiken“ nachtrauern zu müssen.

Andrea Dallago

„Das Christentum ist eine therapeutische Religion“

Fragen zur Situation von Glaube und Christentum an Eugen Biser

Das heute unter Christen weit verbreitete Gefühl der Unsicherheit hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß die Situation des Glaubens nur schwer einzuschätzen ist. Ist das Christentum in Westeuropa definitiv auf dem Rückzug oder befindet sich der Glaube auf einer Durststrecke, die schon neue Chancen erkennen läßt? Über Kennzeichen der gegenwärtigen Glaubenssituation sprachen wir mit Professor Eugen Biser. Von 1974 bis 1986 hatte er den Münchner „Guardini-Lehrstuhl“ für Christliche Weltanschauung und Religionsphilosophie inne und leitet jetzt in München das Seniorenstudium. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Professor Biser, eine Ihrer neueren Veröffentlichungen trägt den Titel „Hat der Glaube eine Zukunft?“ und Ihre Antwort auf diese Frage fällt positiv aus. Sie sehen heute neue Chancen für den christlichen Glauben, obwohl der kirchlich-religiöse und gesellschaftliche Augenschein eigentlich eher eine andere Sprache spricht. Worauf gründet sich diese letztlich optimistische Einschätzung der derzeitigen Glaubenssituation?

Biser: Ich bin insgesamt zuversichtlich, aber es liegt mir fern, einen Optimismus zu vertreten, der die Krise des Glaubens und der Kirche leugnet oder verdrängt. Es kommt vielmehr darauf an, sich zunächst diese Krise wirklich in ihrem Ernst bewußt zu machen, die den Glauben sowohl von außen wie von innen bedrängt. So haben wir es derzeit nicht zuletzt in Ostdeutschland mit einer neuen Spielart des Atheismus zu tun, einem Atheismus auf der Grundlage eines systematisch ausgemerzten, unterdrückten und diffamierten Christentums. Dazu kommen die Nachwirkungen des modernen Säkularismus und der Aufklärung, auch wenn sich der Säkularismus längst in der Phase der Selbsterschöpfung befindet. Zu beobachten ist aber auch eine innere Ermüdung des Glaubens, die wiederum mit einer krisenhaften Spannung innerhalb der Kirche, mit einem gestörten Verhältnis zwischen Spitze und Kirchenbasis zusammenhängt. Die Kirche

antwortet heute auf Fragen, die niemand stellt und bleibt Antworten auf Fragen schuldig, die heute in aller Munde sind und in den Herzen brennen. Das alles ist aber noch nicht das eigentliche Zentrum der Krise. Im letzten geht es um einen Glaubensentzug, dessen letzte Herkunft nicht aufzuklären ist. Es scheint vieles darauf hinzudeuten, daß der Glaube in unserem Lebensraum aufhört.

„Die Sache des Glaubens ist mehr die des
Geglaubten als die des Glaubenden“

HK: Kann angesichts so massiver Krisenphänomene die Hoffnung auf eine neue Strahlkraft des christlichen Glaubens unter unseren Lebensverhältnissen aber mehr sein als ein verständliches, aber nicht mehr wirklich begründbares Ausweichen vor dem Ernst der Lage? Wo sehen Sie denn positive Signale vor dem Hintergrund von neuem Atheismus und tiefgreifendem Glaubensentzug?

Biser: Entgegen vielem, was zu diesem Thema in der Theologie gesagt wurde oder heute gesagt wird, ist für mich die Sache des Glaubens viel mehr die des Geglaubten als die des Glaubenden. Ohne die Einmischung des Geglaubten wird